

Michael Arndt

Meine Position: Altersarmut ist mit den Antworten der Vergangenheit nicht zu lösen.

Die Menschen in Berlin sind nicht glücklich. Dies lässt sich aus dem „Glücksatlas 2012“ entnehmen. Und das ist so, obwohl unsere Stadt sich weiter positiv entwickelt und das Erwerbspersonenpotential und die wirtschaftliche Wertschöpfung stetig zulegen. Auch die soziale Spaltung in Ost- und West hat sich verringert – die „Glückslücke“ zwischen den ehemaligen Ost- und Westbezirken hat sich geschlossen. Warum haben also die BerlinerInnen eine depressive Haltung? Die Untersuchung der Deutschen Post gibt hierzu einen Hinweis. Sie räumt mit dem alten Wortspiel „Arm aber Glücklich“ auf. Die Untersuchung zeigt nämlich, dass das sogenannte Glücksgefühl in den Bundesländern und Regionen deutlich sinkt, in denen das Armutsrisiko steigt.

Nun hat „Glück“ für die gesellschaftliche Linke eine sehr individuelle Note. Allerdings erhält „Glück“ in Verbindung mit der Zukunft unseres kollektiven Sicherungssystems auch eine gesellschaftspolitische Bedeutung. Dies gilt insbesondere in Berlin. Hier ist die Armutsgefährdung im Alter in den letzten Jahren schon sehr stark angestiegen. Gegenwärtig sind in unserer Stadt lt. Statistischem Bundesamt 19,5 Prozent der Menschen armutsgefährdet. Sie müssen monatlich mit weniger als 848 Euro (Einpersonen-Haushalt) Monat auskommen. Auch in der Zukunft ist eine positivere Entwicklung nicht abzusehen. Im Gegenteil aufgrund der stetigen Zunahme des Niedriglohnssektors, unvollständiger Erwerbsbiografien und allein-erziehender Haushalte wird sich die Problematik verschärfen..

So verdienen schon heute zwei von fünf Menschen weniger als 2500 Euro im Monat. .Aufgrund der seinerzeitigen Absenkung des Rentenniveaus wird dieser Personenkreis trotz einer langen Erwerbsbiografie im Jahr 2030 nur noch eine Rente in Höhe des Grundsicherungs- bzw. Sozialhilfeniveaus erhalten.. Es zeigt sich immer stärker, dass die Politik „der sozialen Reformen zwar wirtschaftlichen Erfolg produzierte, allerdings mögliche langfristige soziale Folgewirkungen ausgeblendet hat.

Nicht nur untere Einkommensschichten haben keinen Anspruch mehr auf die Sicherheit in einer solidarischen Gesellschaft, sondern auch sog. Normalverdiener. Dies sind insbesondere die Leitungsträger unseres Gemeinwesens,; wie Pflegekräfte in Altenheimen und Krankenhäusern oder auch Erzieher im Kindergarten. Auch sie werden trotz langjähriger harter Erwerbstätigkeit am Ende keine anständige Rente erwarten können. Zudem werden sie täglich mit der Möglichkeit konfrontiert bei Verlust ihres Arbeitsplatzes auch ihre gesicherte Zukunftsversorgung zu verlieren. Glücksgefühle können daher nicht aufkommen. Stattdessen greifen Zukunftsängste um sich. Die Sorgen der Menschen zwingen auch unsere Partei zu neuen Antworten. In der SPD werden gegenwärtig die Solidarrente, und ein steuerfinanzierter Ausbau und erleichterter Zugang zur Betriebsrente intensiv diskutiert. Aus meiner Sicht werden diese Ansätze allerdings nicht genügen. Die neue soziale Frage der Altersarmut ist mit weiteren Individualisierungsschritten zur Abdeckung der Lebensrisiken im Aller

nicht zu lösen. Eine stetige Einkommensverbesserung der Beitragszahler sowie die Entkopplung von Kapitaldeckung- und Umlagefinanzierung ist hier angemessener. Selbst ein allgemein gesetzlicher Mindestlohn würde hier wenig helfen. Aus der Erfahrung wissen wir, dass die Sparmotivation bei geringen Einkommensbeziehern gering ist. Die Sicherung des Alltags hat Vorrang. Selbst gutgemeinte staatliche Anreize sei es bei der Betriebs- sei es bei der Zuschussrente werden hier nicht viel bewirken. Das sollten wir aus der Geschichte der Riesterrente gelernt haben. Die zunehmende Altersarmut wird mit den Antworten der Vergangenheit nicht zu lösen sein. Neue Modelle der Solidarität sind gefragt und ohne die Steuerkraft unseres Gemeinwesens wird es nicht gehen.

Hier sollte man sich weder unter Zeitdruck setzen noch die Bekämpfung der Altersarmut auf die lange Bank schieben. Behaupteter Zeitdruck ist in unserer Gesellschaft immer mehr ein Herrschaftsmittel genauso wie das Aussitzen des Altkanzlers Kohl.

Berlin, September 2012